

Interkollegiale Maßnahmen gegen Ko-Radikalisierung

Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung e.V. an der Universität Duisburg-Essen, RIRA Transfer- und Praxispartner in der Rhein-Ruhr-Region – Peter Krumpholz

RIRA ist kein reines Forschungsprojekt, mit dem allein ein aus verschiedenen Disziplinen zusammengesetzter Forschungsverbund von Wissenschaftlern auf inter- und transdisziplinäre, interreligiöse sowie multimethodische Weise empirisch gestützt bislang nicht im Zusammenhang betrachtete gesellschaftliche Aspekte einer Radikalisierungsspirale zwischen Muslimen und Nichtmuslimen in Richtung Islamismus, Rechts- und Linksextremismus untersucht. Es werden daher auch nicht nur und erst zum Projektabschluss auf der Basis bis dahin gewonnener Befunde politische Handlungsempfehlungen abgegeben. Praktikern werden auch nicht nur und erst auf Transferveranstaltungen kurz vor dem Ende des Vorhabens Präventionsmaßnahmen vorgestellt, die zuvor am grünen Tisch von Wissenschaftlern allein erarbeitet wurden. Vielmehr erfolgten sowohl die Erforschung von Extremisierungs- und Polarisierungsprozessen als auch die Entwicklung von phänomenübergreifenden Maßnahmen gegen diese erstmals von Beginn an im Austausch und in enger Zusammenarbeit mit Transfer- und Praxispartnern, selbstredend unter Beachtung und nicht Aufhebung notwendiger Arbeitsteilung.

Der Anstoß – und nur den Anstoß, denn die Ausarbeitung des Vorhabens erfolgte von den Wissenschaftlern unter der Leitung von Susanne Pickel - zu dem vom BMBF geförderten Forschungs- und Projektvorhaben RIRA ging vom RISP aus, einer von drei Transfer- und Praxispartnern und vielen weiteren, später im Verlaufe der Durchführung des Vorhabens noch neu hinzugewonnenen Partnern aus der Praxis, das für die Entwicklung, Erprobung, Einsatz, Evaluation und Verbreitung von interkollegialen Maßnahmen in der Rhein-Ruhr Region verantwortlich ist.

Auf diese Weise konnte bereits im Vorfeld des Vorhabens sichergestellt werden, dass Extremismusprävention, Förderung von Grundwertedemokratien und gemischten, d.h. politisch plural verfassten Gesellschaften aus einer Verknüpfung von Wissenschaft und Praxis erfolgen. Um gelingender Präventionspraxis willen wurde vom RISP als Vermittler zwischen Praxis und Wissenschaft zunächst ein transdisziplinärer, multiprofessionell einsetzbarer Extremismusbegriff entwickelt. Um rassistische, ökonomische, soziale, politische, kulturelle und religiöse Dimensionen von Extremismus entlang der gesamten Sozialisationskette phänomenübergreifend erfassen und Ein- wie Ausprungspunkte aus Extremisierungsprozessen wie -spiralen zwischen diesen fokussieren zu können, wurde auf die philosophische Unterscheidung von Transzendenz und Immanenz rekurriert. Auf diese Weise können Politisierungen von Religionen wie Verabsolutierungen kultureller, politischer und sozialer Orientierungen berücksichtigt und reziproke Prozesse positiver Selbst- und negativer Fremdbestimmung sowie gruppenbezogene, kollektive Formen der Divinisierung wie Dämonisierung von Religionsgemeinschaften und politisch organisierten Gesellschaften beachtet werden.

Zurückgegriffen wurde dabei auf empirische Befunde des Forschungsverbundes und theoretische wie praktische Erkenntnisse über das Zusammenwirken von säkularen mit religiösen Motiven bei Radikalisierungsprozessen. Dies gilt nicht nur für den Islamismus und sonstige Formen politischer Religiosität. Um einer drohenden Radikalisierung Jugendlicher oder junger Menschen am rechten oder linken Rand oder in der Mitte effektiv entgegenwirken zu können, ist es ebenfalls erforderlich, bei persönlichen Motiven und gesellschaftlichen Problemlagen den – sei er bewusst oder unbewusst - religiösen oder ersatzreligiösen Gehalt extremistischer politischer Bestrebungen zu beachten. Platons Gigantomachie unter Philosophen, die erste Abhandlung über das Phänomen der Ko-Extremisierung und Polarisierung in der Geschichte, wurde zu diesen Zwecken auf aktualisierende Weise gedeutet. Und zwar dahingehend, dass sowohl die Freunde des Religiösen und der Ideen, indem sie diese mit dem Einen selbst und das Nichts mit der Körperlichkeit verwechseln, als auch die säkularen Freunde und Materialisten, indem sie das Eine mit der Körperlichkeit, dem Menschen, der Gesellschaft oder Geschichte und das Nichts mit dem Gehalt des Glaubens oder den Ideen vertauschen, ihre beschränkte Einsicht in die Wirklichkeit auf entgegengesetzte Weise verabsolutieren bzw. für die Wirklichkeit selbst halten. In der Folge davon kommen sie dann kaum umhin, alle übrigen Dimensionen der

Realität und damit notwendigerweise auch die derjenigen zu negieren, die eine oder mehrere andere Dimensionen des Daseins und Seienden mit dem Einen verwechseln.

Philosophen fragen dahingegen nach dem Ganzen wie all seinen Teilen. Da man die Teile nicht hinreichend erkennen kann, wenn man das Ganze nicht kennt, bleibt die Frage nach dem Ganzen (Einen, Extremen, alles Umfassenden, Guten, Schönen, Geist, Gott, Götter, Wahren, Kosmos, Ganz anderen oder Nicht-Anderen etc.) auch dann noch relevant, wenn man sie nicht vorschnell oder gar nicht beantworten kann. Bekanntlich lautet die paradox-ironisch formulierte Antwort des Sokrates: Ich weiß, dass ich nicht weiß. Doch gilt auch das umgekehrte: Man kann das Ganze ohne die Teile (Mensch, Gesellschaft, Geschichte, Natur und Welt oder weitere Teile derselben) nicht erkennen. Aus philosophischer Perspektive kann daher unter **Extremismus** schlicht die *Verwechslung des Ganzen mit Teilen oder von Teilen mit dem Ganzen* verstanden werden. Oder als unzureichende Unterscheidung zwischen 1. dem alles umfassenden Einen, 2. dem Sein und allem Seienden und 3. dem schlichten Nichts kann Extremismus auch gegen deren Ineinssetzung wie vollständige Isolierung voneinander als Verkennung der henologischen, ontologisch-ontischen wie nihilologischen Differenz bestimmt werden.

Nehmen wir der Einfachheit halber nur einmal an, das Ganze sei der Begriff und Teile seien Merkmale des Begriffs und reden wir allein über den Begriff der Freiheit, der religiöse, politische, soziale, wirtschaftliche, natürliche und persönliche Merkmale oder Dimensionen aufweist. Wer nun eines der Merkmale mit dem Begriff selbst oder umgekehrt den Begriff mit einem der Merkmale verwechselt, polarisiert auf extreme Weise die Gesellschaft. Beispielsweise indem er seine persönliche Freiheit mit der Freiheit selbst vertauscht und mit dieser Absolutsetzung alle übrigen Merkmale von Freiheit nihilisiert. Nicht zuletzt wird übergangen, dass persönliche Freiheit erst durch politische Freiheit konstituiert und gesichert werden kann. Dass menschliche Freiheit keine vollkommen unbedingte Freiheit, wie dies die Freiheit Gottes sein mag, ist, sondern u.a. durch unsere Abhängigkeiten von ihm, von der Freiheit anderer und von äußerer wie innerer Natur vielfach begrenzt ist, mag hier genügen um anzudeuten, dass wir nicht *eine* Dimension von Freiheit – sei es die religiöse, politische, gesellschaftliche, persönliche oder physische – verabsolutieren und übrige Dimensionen ausblenden oder gar *annihilieren* dürfen, wenn wir Sinn und Mehrdimensionalität von Freiheit nicht völlig verfehlen wollen. Was hier für den Begriff der Freiheit angedeutet wurde, gilt auf analoge Weise für alle anderen Begriffe, nicht zuletzt für politisch prominente und verfassungsrelevante, wie z.B. Verantwortung, Gott, Mensch, Würde, Gleichheit, Gerechtigkeit, Frieden, Gewalt, Arbeit, Erholung und Freizeit. Und selbstverständlich sind weder Begriffe noch die Freiheit selbst das Ganze, wenn auch Freiheit wie alle anderen Begriffe ebenfalls jeweils *eine* Perspektive auf das Ganze eröffnen. Dies mag hier als Hinweis darauf genügen, wie außerordentlich anspruchsvoll, vielfältigster wie ausdauerndster, fach- wie überfachlicher Lernprozesse bedürftig ein angemessenes Verständnis plural verfasster politischer Ordnung ist, die nicht mit einem schlichten Bekenntnis zur Demokratie, sondern im Geiste der Präambel und der Verantwortung vor Gott und den Menschen und mit Kenntnis der großen G's und deren wechselseitige Ergänzung wie Begrenzung gefördert werden sollte: Grundwertedemokratie, Gewaltenteilung, Gewaltmonopol, Gewaltverzicht und Gesetzesherrschaft / Gleichheit vor dem Gesetz.

Wichtigste Besonderheit, Innovationsgehalt und Qualitätskriterium interkollegialer Maßnahmen bestehen daher darin, dass diese in Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und Praktikern gemeinsam entwickelt, erprobt, evaluiert und in die Praxis eingeführt wurden. Erstmals wurde nicht allein auf multidisziplinäre Zusammensetzung des Wissenschaftlerteams, sondern zugleich auch auf multiprofessionell zusammengestellte Teams von Praxispartnern geachtet. Nicht allein die Praxis öffnete sich gegenüber der Forschung, sondern umgekehrt zunächst Forschende gegenüber Praktikern, indem sie diese um Forschungsanregungen baten. Nicht allein Wissenschaftler evaluierten die Praxis, vielmehr bewerteten und beurteilten diese sich gegenseitig, um voneinander zu lernen und gemeinsam zu lehren. Bürgerforschung, Bürgerberatung und Bürgerbildung als interkollegiales Konzept heißt also weder, dass Wissenschaftler Bürger nur beforschen, bewerten, beraten und bilden, noch umgekehrt, dass erstere allein den umlaufenden Meinungen über das Verhältnis von Gott oder Göttern, Mensch, Gesellschaft, Geschichte und Welt folgen, sondern schlicht, dass Bürgerinnen und Bürger in plural verfassten Grundwertedemokratien gemeinsam forschen, sich beraten und bilden.

Gemeinsam jeweils von Wissenschaft-Praxis-Tandem Teams entwickelt, erprobt, evaluiert, eingeführt und verbreitet wurden daher in der Rhein-Ruhr Region im Bereich der Schul- und Erwachsenenbildung sowie Sozial- und Vereinsarbeit drei Maßnahmen: **Demokratiestunde**, **Präventive Vereinssozialarbeit** sowie **Philosophische Salongespräche**. Nachfolgend wird exemplarisch nur die Demokratiestunde als eine interkollegiale Maßnahme phänomenübergreifender Extremismusprävention und Demokratieförderung kurz vorgestellt:

1. Die Demokratiestunde

Die Demokratiestunde wird als Interaktionsformat zur Stärkung demokratischer **Selbstwirksamkeit** der Schüler*innen verstanden, d.h. als **gelebte Demokratie** in der Schule, z.B. als wöchentlicher Austausch und Kommunikation zunächst zwischen Schüler*innen und später zwischen Schüler*innen und Lehrer*innen auf Klassenebene **zusätzlich zum** bzw. **außerhalb des Unterrichts**.

Über klassenspezifische und schulische Angelegenheiten hinaus können in das Schulleben hineinreichende gesellschaftliche und politische Ereignisse besprochen werden.

Es bietet sich an, die Demokratiestunde zunächst als **Klassenrat** einzuführen bzw. diesen als einen wesentlichen Bestandteil der Demokratiestunde zu betrachten. Ziel ist es, dass je nach Bedarf und aktuellem Anlass jede(r) die Stunde gestalten kann, alle Schüler*innen und alle in der Klasse unterrichtenden Lehrer*innen. Angedacht sind 1 bis 2 Schulstunden pro Woche zusätzlich zum regulären Fachunterricht, selbstredend unbenotet.

2. Kollegiale Entwicklung und Etablierung mit externer Unterstützung

Eingeführt und konzipiert werden sollte die Demokratiestunde als eine interkollegiale Maßnahme, die der **Verstärkung und Optimierung der Kommunikation im Team** zwischen wie unter Lehrer*innen und Schüler*innen dient.

Demokratiebildung wird dabei nicht allein Politikunterricht und Gesellschaftslehre zugewiesen, sondern als **Querschnittsaufgabe** für die Schule und das gesamte Kollegium verstanden, die dem Teambuilding und der Stärkung dient.

Es empfiehlt sich daher, die Demokratiestunde durch **Gründung einer multiprofessionellen Arbeitsgruppe mit externer Unterstützung** (Schulpsychologische Beratungsstellen, Wissenschaft, Mobile Beratungsteams wie Wegweiser) als einen festen Bestandteil der schulischen Bildungsarbeit und des innerschulischen Austausches zusammen mit der Einführung von **Schülersprechstunde** durch Externe und **kollegialer Fallberatung mit dem Schwerpunkt Demokratieförderung** zu etablieren.

3. Kollegiale Fallberatung

Die Fallberatung ist eine parallele Säule zur Demokratiestunde auf kollegialer Ebene. Sie ist eine gute Methode, um einen reflektierenden Blick auf die Schüler-Lehrer-Beziehung und das eigene pädagogische Handeln mit dem Ziel zu werfen, bestehende Wahrnehmungsweisen zu beleuchten und Handlungsoptionen systematisch zu erweitern.

Wechselseitige, regelmäßig stattfindende Beratung innerhalb des Kollegiums jenseits von Konferenzen und Unterricht als interdisziplinärer, politisch-pädagogischer Austausch mit festgelegter Gesprächsführung (Falldarstellung, Sach- und Informationsrunde, Gefühls- und Resonanzrunde, Hypothesenbildung und Lösungsvorschläge)

Kollegiale Entwicklung mit externer Unterstützung, Schülersprechstunde, Fallberatung und Regeln der Gesprächsführung dienen der Einführung und Etablierung der Demokratiestunde.